



Bundeskanzler Scholz bei Maybrit Illner (ZDF 07.07.2022): "...Gegen mehr Millionäre habe ich nichts einzuwenden... Ich bin also für viele Millionäre, die gerne Steuern zahlen."

Die Inflation wird auch die Armen zu Millionären machen. Die Inflation wird bleiben. Sie ist systembedingt. Cui bono? Man muss es immer wieder sagen: Die Staaten können sich mit billigerem Geld entschulden und haben höhere Steuerreinnahmen. Die Staaten sind und bleiben die wahren Profiteure jeder Teuerung.



Holbach
News

26. Juli.2022



Aktuelles

cash.ch

"Die Geografie ist jetzt schon eine andere", sagte der russische Chefdiplomat am Mittwoch im Interview des Moskauer staatlichen Fernsehsenders RT. Es gehe nicht mehr nur um den Donbass mit den von Russland anerkannten "Volksrepubliken" Donezk und Luhansk und um die südukrainischen Gebiete Cherson und Saporischschja, sondern auch um "eine Reihe anderer Territorien", sagte Lawrow. "Dieser Prozess geht weiter, er geht folgerichtig und mit Nachdruck weiter." Nach Darstellung von Lawrow erhält die Ukraine Waffen vom Westen mit immer grösserer Reichweite von inzwischen bis zu 300 Kilometern. Entsprechend würden die ukrainischen Truppen immer weiter zurückgedrängt, damit für die "Volksrepubliken" oder Russland keine Bedrohung entstehe. Russland könne nicht zulassen, dass von dem restlichen Gebiet, das noch vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj oder sonst jemandem kontrolliert werde, eine Gefahr ausgehe. Lawrow erinnerte daran, dass die Entmilitarisierung der Ukraine eines der Hauptziele Russlands sei in diesem Konflikt.

Putin hatte erst am Dienstagabend bei einem Besuch in der iranischen Hauptstadt Teheran deutlich gemacht, dass ein früheres unterschriftenreifes Angebot Russlands für eine Lösung des Konflikts nicht mehr gültig sei. Die Ukraine hatte russische Forderungen, freiwillig auf Gebiete zu verzichten, abgelehnt. Dabei ging es vor allem um den Donbass mit den Gebieten Luhansk und Donezk sowie um die 2014 von Russland annexierte Schwarzmeer-Halbinsel Krim. Russische Militärs hatten allerdings schon früh gesagt, dass sie das Land komplett vom Meer abtrennen und den gesamten Süden samt der Grossstadt Odessa einnehmen wollten.

WEKA

Wenn Daten zwischen Behörden ausgetauscht werden, braucht es hierfür ebenfalls eine rechtliche Grundlage. Die Tatsache, dass die Behörden beim gleichen Staat bzw. bei der gleichen Gemeinde sind, ändert daran nichts. Der Datenaustausch zwischen Behörden wird deshalb in den Datenschutzgesetzen des Bundes und der Kantone ausdrücklich geregelt. Das revDSG wird voraussichtlich in diesem Jahr in Kraft treten. *Philipp Possa*

GOMOPA

Ein Whistleblower hat im Februar 2022 zehntausende Konto-Daten der Schweizer Großbank Credit Suisse an die Süddeutsche Zeitung gespielt. Und warf damit auch ein neues Licht auf einen alten Siemens-Bestechungsfall um den sogenannten König von Nigeria Eduard Seidel.

Kaum hatte ein Whistleblower in der Süddeutschen Zeitung enthüllt, dass der 2008 wegen Bestechung verurteilte Ex-Siemensmanager Eduard Seidel, der heute auf einer künstlichen Luxus-Palmeninsel in **Dubai** lebt, bei der Schweizer Bank **Credit Suisse Group AG** aus Zürich heimlich ein Monstervermögen von 54,5 Millionen Schweizer Franken (52,48 Millionen Euro) hortete, wofür er bei seinem damaligen Jahresgehalt von 300.000 Euro mindestens 180 Jahre hätte arbeiten müssen, rollte die Wirtschaftsstraf-Ermittlerin den alten Siemens-Bestechungsfall vom Frühjahr 2007 neu auf und bat sofort die Schweiz um Hilfe. Auch, um Seidels Vermögen in der Schweiz aufzuspüren und einfrieren zu lassen.



GoldSilberShop.de

G7 verbieten russische Goldimporte

Die G7-Staaten (USA, Frankreich, Kanada, Deutschland, Japan, Vereinigtes Königreich und Italien) haben ein Verbot russischer Goldimporte verhängt, um Russland „weitere finanzielle Kosten für die Invasion in der Ukraine aufzuerlegen“. Auf Russlands Goldminen entfällt ein Anteil von 9,5 % der jährlichen Förderung. Schon die letzten Sanktionen gegen russisches Öl und Gas waren ein Schuss ins eigene Bein der Europäer, mit explodierenden europäischen Gaspreisen und Energiekosten, während Moskau Rekordgewinne für seine Energieexporte nach China und Indien erlösen konnte. Auch das neue Verbot von Goldimporten aus Russland wird keine negativen Auswirkungen auf Russland haben und höchstens die G7-Staaten vor neue Probleme stellen. Gold ist die älteste weltweit akzeptierte Währung und Russland wird keine Probleme haben, seine überschüssige Minenproduktion an eines der anderen 188 Staaten weltweit zu verkaufen. Ob die europäischen Raffinerien nun Gold direkt aus Russland beziehen oder über einen Umweg aus Indien, China oder der Türkei, ist völlig gleich. Einzig

die Importkosten für die Raffinerien könnten steigen, sodass Münzen und Barren in den G7-Staaten etwas teurer werden.

Unsinnig wie das Gold-Importverbot sind deren Auswirkungen, die manche an die Wand malen. So vermutet man in den sozialen Medien wieder einmal, dass der COMEX diesmal nun wirklich das Gold ausgehen, die Manipulation auffliegen und der Goldpreis in die Höhe schnellen müsse. Diesen Unsinn, den ich schon seit 22 Jahren höre, wird immer wieder von Unwissenden wiederholt oder gezielt genutzt, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Diese völlig falschen Annahmen, die von völliger Unkenntnis des Terminmarktes zeugen, haben in der Vergangenheit immer nur dazu geführt, dass Kleinanleger geradezu Hochpunkten in den Gold- und Silbermarkt gelockt wurden und letztlich spekulative Verluste erlitten oder sich nicht trauten auf einen fallenden Preis zu setzen, da die Preisexplosion immer vermeintlich unmittelbar bevorstand.

Die Wahrheit ist, dass die Lagerhäuser der COMEX für Gold und Silber in der Geschichte nie voller waren, wie derzeit. So liegen in den COMEX-Lagerhäusern aktuell 33,8 Millionen Unzen Gold, womit 68% aller Futures-Kontrakte mit Gold gedeckt sind. Das sind historische Höchstwerte und grundsätzlich wären weniger als 10% Deckung ausreichend, da regelmäßig nur 1% - 2% aller Futures-Kontrakte physisch ausgeliefert werden.

goldsilbershop.de

Silber: Langfristige Analyse

Silber handelte über fünf Jahre hinweg in einer Handelsspanne zwischen 14 US-Dollar auf der Unterseite und 19 US-Dollar auf der Oberseite. Seit dem bullischen Ausbruch Mitte 2020 ist das langfristige Chartbild sehr bullisch. Im Wochenchart ist das dreimalige Scheitern am Widerstand bei 28 US-Dollar noch deutlicher sichtbar und es hat sich eine Handelsspanne zwischen 22 US-Dollar auf der Unterseite und 28 US-Dollar auf der Oberseite etabliert. Diese Handelsspanne wurde nun nach unten verlassen und der Preis fiel zurück auf das Ausbruchsniveau. Charttechnisch ist dies im Langfristchart ein idealtypischer Rücksetzer. Silber sollte sich in den nächsten Monaten über 18 US-Dollar stabilisieren können und spätestens mit der Kapitulation der Notenbanken wieder in die Handelsspanne zwischen 22 US-Dollar und 28 US-Dollar zurückkehren. In den nächsten 2-3 Jahren ist dann ein Ausbruch über 28 US-Dollar wahrscheinlich, worauf ein Anstieg auf 36 US-Dollar folgen würde. Solange der US-Dollar in einem Umfeld von Zinsanhebungen und einem Quantitative Tightening stark bleibt, solange gibt es wenig Hoffnung, auf eine schnelle Erholung des Silberpreises. Sobald das Tapering jedoch scheitert und die Anleihenkäufe fortgesetzt werden, werden Gold und auch Silber zum Schutz vor Inflation zunehmend gefragt werden. Es dürfte sich dann über einige Jahre hinweg ein Defizit am physischen Markt entwickeln, das den Silberpreis weit über sein nominales Allzeithoch bei 50 US-Dollar tragen wird. *Markus Blaschzok*



OSTSEE ZEITUNG

Kurz vor der Steuerreform erhöhen einige Städte und Gemeinden die Grundsteuer. Das begründen sie mit gestiegenen Ausgaben – durch Pandemie.

Finanzbrief

Neue Pfändungsfreigrenzen ab dem 1. Juli 2022

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) hat die neuen Pfändungsfreigrenzen veröffentlicht. Ab dem 1.7. beträgt der unpfändbare Grundbetrag nunmehr **1'330,16 Euro im Monat** (zuvor 1'252,64 Euro). Bei Personen, die eine gesetzliche Unterhaltspflicht gegenüber einer Person zu erfüllen haben, erhöht sich der Betrag um **500,62 Euro** (zuvor 471,44 Euro), für die **zweite bis fünfte Person kommen noch einmal 278,90 Euro pro Monat hinzu** (vorher 262,65 Euro). Die Tabelle des BMJ endet für die pfändbaren Netтомonatsbezüge künftig bei 4'077,72 Euro. Alle Beträge darüber sind dann voll pfändbar.

Eine italienische Erbschaftsannahme war Gegenstand eines klarstellenden Urteils des Bundesfinanzhofs zum Thema Auslegung ausländischen Erbrechts.

Anders als im deutschen Erbrecht ist nach italienischem Recht eine Erbschaft davon abhängig, dass der begünstigte Erbe sie auch tatsächlich **ausdrücklich annimmt**. Diese Tatsache nutzte eine in Deutschland wohnhafte Erbin und verlegte vor der Annahme einer Erbschaft in Italien ihren Wohnsitz weg von Deutschland hin nach Italien. Erst danach erklärte sie die nach italienischem Recht erforderliche Annahme der Erbschaft. Dies alles teilte sie ihrem Finanzamt auch mit. Dort bestand man aber weiterhin darauf, dass **nach der Annahme der Erbschaft in Italien die Steuer bereits zum Zeitpunkt des Todes des Erblassers nach inländischem (deutschem) Recht entstanden sei**, da die Erklärung nicht als Bedingung für den Erbschaftseintritt anzusehen sei.

Die Frau wehrte sich mit der Aussage eines alten BFH Urteils (Az.: II R 243/82), wonach bei Auslandssachverhalten allein die "Voraussetzungen" des inländischen

Rechtsinstituts (zum Beispiel für eine aufschiebende Bedingung) **erfüllt sein müssten**. In diesem Zusammenhang meint das höchste deutsche Finanzgericht, nun ginge es nicht allein um die tatbestandlichen Voraussetzungen (Erklärung der Annahme), sondern um **alle gesetzlichen Merkmale der Vorschrift** (nach italienischem Recht) einschließlich der Rechtsfolgen. Im Endeffekt war entscheidend, wie die wirtschaftliche Bedeutung des ausländischen Rechtsinstituts zu interpretieren ist. Im Urteil selbst (Az.: II R 39/19) kommt der Bundesfinanzhof dann zum Ergebnis, dass nach Artikel 459 Satz 2 des italienischen Erbrechtes die **Annahmeerklärung dazu führt, dass die Erbschaft extunc (also zum Zeitpunkt des Erbfalls) bereits entsteht**. Die Wohnsitzverlagerung nach Italien nach dem Tod des Erblassers hatte somit nicht die von der Erbin erhoffte Wirkung. Das Besteuerungsrecht blieb weiterhin bei der Bundesrepublik Deutschland.

Anmerkung der Redaktion: Welche positiven oder negativen Folgen gäbe es, wenn die Frau schon vor dem Tod des Erblassers ihren Wohnsitz von Deutschland nach Italien verlegt hätte? Welcher fachkundiger Steuerberater kann dazu eine verlässliche Antwort geben?

AHK Spanien

Telearbeit als potenzielles Risiko für eine Betriebsstättenbegründung

Globalisierung und Technologie haben einen radikalen Wandel des internationalen Geschäftsmodells herbeigeführt, u.a. durch die Verlagerung von Gewinnen in Länder mit niedriger oder gar keiner Besteuerung. Diese Situation hat sich durch die Pandemie noch erheblich verschärft, und die Telearbeit hat heute Einzug gehalten. Aber wird sie von Dauer sein? Sandra Sariego



PLATOW Börse

Die Sache mit den Stopps

Die Bewertungskorrektur an den Märkten setzt sich unvermindert fort. Wir hatten zwar bei unseren Zukäufen Ende März weitere Rückschläge einkalkuliert, sind vom Ausmass der

Korrektur aber überrascht. Gerade in Phasen historischer Ausverkäufe, wie im März 2020 und aktuell, beweist die Stopp-Loss-Strategie ihre Stärke.

Sie begrenzt den Maximum Drawdown. Für das Musterdepot der PLATOW Börse werden wir also weiterhin mit einem Stoppkurs von etwa 25% unter Einstieg agieren. Denn der „Aufholbedarf“ steigt danach immens: Fehlen bei 25% Verlust „nur“ 33% bis zum Einstand, so reißen 30% Kursabschlag schon eine Lücke von 42,9% bis zur Gewinnzone auf. Bei 35% Verlust sind es 53,8%, bei 40% sogar 66,7%. Das Risiko von „Depotleichen“ steigt ohne Stopp-Loss-Strategie also exponentiell.

KOPP exklusiv

Eine vergleichsweise hohe Teuerungsrate beschert dem Staat auch steigende Steuereinnahmen, da die Besteuerung auf nominalen Preisen basiert. Ein ganz einfaches Beispiel: Angenommen, eine Ware kostet 10 Euro. Darin enthalten sind 19 Prozent Mehrwertsteuer, also 1,60 Euro (Nettopreis 8,40 Euro). Jetzt steigt der Preis aufgrund der Inflation in 2 Jahren auf 11,50 Euro. Dann macht die Mehrwertsteuer schon 1,84 Euro aus (Nettopreis 9,60 Euro). Das mag ein vergleichsweise marginaler Betrag sein, doch bringt es letztlich die Masse, zumal der Fiskus auch bei anderen Steuerarten von diesem Effekt profitiert. So geht das Bundesfinanzministerium für dieses Jahr von Mehreinnahmen in Höhe von 16,9 Milliarden Euro aus. Bis 2026 könnten sogar Mehreinnahmen von über 93 Milliarden Euro in der Kasse des Finanzministers klingeln.

Während Verbraucher und Ökonomen in Staaten wie Deutschland und Österreich angesichts einer offiziellen Inflationsrate in der Eurozone von 8,1 Prozent (die tatsächliche Teuerungsrate dürfte noch deutlich höher liegen) die angekündigten Zinserhöhungen als viel zu spät und zu zögerlich bezeichnen, wächst die Angst vor einem Wiederaufflammen der Euro-Schuldenkrise. Tatsächlich sind die Staatsschulden in Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal während der Corona-Krise auf neue Rekordhöchs gestiegen. Sobald die Realzinsen wieder ansteigen, könne dies mittelfristig »insbesondere Staaten in Schwierigkeiten bringen, deren Schuldenlast hoch und deren Wachstumsaussichten niedrig sind«, warnte jüngst der Sachverständigenrat für Wirtschaft. Und Friedrich Heinemann, Ökonom des Mannheimer Forschungsinstituts ZEW, sagt, es herrsche Angst vor einer neuen Euro-Schuldenkrise. Das lähme die EZB und schade ihrer Glaubwürdigkeit.

Gleichzeitig dürfte sich die Lohn-Preis-Spirale zu drehen beginnen; immerhin spüren viele Arbeitnehmer in ihren Portemonnaies, dass sie seit einigen Monaten Reallohnverluste erleiden. Und deshalb könnte die Geduld der Gewerkschaften mit ihren Genossen in der sogenannten Ampel-Koalition bald erschöpft sein. In Bankerkreisen wird längst mit einer Inflationsrate von 10 Prozent plus X spätestens im vierten Quartalgerechnet. *Michael Brückner*

DAS INVESTMENT

IFF-REPORT: Mehr als 6 Millionen Menschen galten im vergangenen Jahr in Deutschland als überschuldet.

Wer aus eigener Finanzkraft fällige Ratenzahlungen nicht mehr bedienen kann, kann sich an einen Schuldnerberater wenden. Neben finanziellem Coaching kann hier auch eine außergerichtliche Einigung zwischen Schuldner und Gläubigerseite angeregt werden. Wenn keine Hilfe fruchtet, kommt es zu einem Verbraucherinsolvenzverfahren – das bei Wohlverhalten des Schuldners laut Gesetz maximal drei Jahre dauern soll. Am Ende winkt ein Schuldenerlass und damit ein finanzieller Neustart. Im Jahr 2021 haben hierzulande 79.620 Personen die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens beantragt. Das sind mit 90,7 Prozent mehr, also fast doppelt so viele wie im Vorjahr 2020.



lex.ahk.es

Insbesondere Artikel 45.1.b) sieht als Grund für die Versagung der Anerkennung und Vollstreckung vor, dass die Entscheidung ergangen ist, als der Beklagte sich auf das Verfahren nicht eingelassen hat, weil "dem Beklagten [...] das verfahrenseinleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nicht so rechtzeitig und in einer Weise zugestellt worden ist, dass er sich verteidigen konnte". Diese Aussage überlässt es der Interpretation der Richter, wann die Form und die Zeit nicht "ausreichend" ist, um dem Angeklagten die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen.

In der Vergangenheit konnte der ersuchte Staat gegen die Anerkennung und Vollstreckung der Entscheidung Einspruch erheben, wenn der Anspruch dem Beklagten in einer Sprache zugestellt wurde, die er nicht versteht, und es dem Beklagten dadurch unmöglich gemacht wurde, sich zu verteidigen.

Diese Lücke wurde nun durch die neue Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) geschlossen, die es den Empfängern einer Zustellung von

gerichtlichen Schriftstücken ermöglicht, die Annahme der Zustellung mit der Begründung zu verweigern, dass das betreffende Schriftstück in einer Sprache abgefasst ist, die der Empfänger nicht versteht. Lehnt der Empfänger einen möglichen Anspruch in einer ihm unbekannten Sprache nicht ab, so kann er die Anerkennung und Vollstreckung der Entscheidung, die sich aus dem Verfahren aufgrund dieses Anspruches ergibt, nicht ablehnen. *Juan Candel Halbach*

Leben im Ausland

Kommunisten planen langfristig. Zwei Schritte nach vorn und ab und zu einen zurück. Wie 1989, wo der Kommunismus als gescheitert galt ... es aber keineswegs war. Ganz im Gegenteil: Noch nie wurde Gesamt-Deutschland, das gesamte Europa und die USA unter dem dementen Biden so kommunistisch regiert wie aktuell. All dieser Firlefanz, den sie uns weismachen wollen, von Klimaschutz und CO2 über die Zerstörung klassischer Familien bis hin zum Gender-Irrsinn, ist nichts anderes als die Unterwanderung früher mal vernünftiger Staaten, mit einem Ziel..... und bevor Sie jetzt mich für einen Spinner halten, lesen Sie bitte, welche Zusammenhänge und gemeinsamen Ziele erwiesene Kommunismus-Kenner da sehen. Da gibt es viele gute Quellen, von der ausgezeichneten Schweizer Express Zeitung bis zur Trilogie der Epoch Times mit dem Titel „Wie der Teufel die Welt beherrscht“. Die Abschaffung von Privateigentum und Marktwirtschaft oder das Streben nach einer Weltdiktatur sind nur zwei von vielen schlechten Absichten. [**Mehr dazu, was da auf uns zukommt, lesen Sie in „Leben im Ausland“**](#)



nzz.ch/wirtschaft

Dogecoin-Investor verklagt Musk wegen angeblichen Schneeballsystems

Der Kryptomarkt ist heftig eingebrochen. Ein amerikanischer Anleger verklagt Elon Musk und beschuldigt ihn, Dogecoin als legitimes Investment dargestellt zu haben, obwohl es keinen Wert habe. Er will, dass Musk und seine Firmen für das Dreifache aller angeblichen Wertverluste aufkommen.

Börse – Intern

Stimmungstechnisch befinden sich die Märkte in der Phase des Erkennens: Die diversen Belastungen und Gefahren werden nicht mehr geleugnet, sondern benannt (z.B. Rezessionsgefahr, Übertreibung und Überbewertung). In dieser Phase wird aber oft ins Negative übertrieben, also alles Positive ignoriert. Das eröffnet Chancen für eine kräftige Gegenbewegung.

Und erst dann wird sich entscheiden, ob die Ängste berechtigt sind. Lassen Sie sich also von den vielen negativen Kommentaren nicht den Mut rauben, sondern suchen Sie weiterhin Gelegenheiten, gute Aktien zu attraktiven Kursen aufzusammeln. Oder nutzen Sie beim Trading die Chance, die eine mögliche dynamische Erholung bietet – z.B. in Verbindung mit einer Short Squeeze.

Und wenn es doch noch weiter abwärts geht, dann sollten Sie diesen Ausverkauf nutzen, um sich langfristig aussichtsreiche Werte ins Depot zu legen. Dazu benötigen Sie natürlich Liquidität. Und eine Gegenbewegung ist die ideale Gelegenheit, dafür zu sorgen, z.B. durch Verkäufe oder das Setzen von Stopps. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg! *Torsten Ewert*

SZ Geld

Seit einigen Wochen musste ich mich immer wieder zusammenreißen. An den Börsen geht es so rasant rauf und runter wie seit langem nicht mehr – und öfter runter als rauf. An manchen Tagen wirkt es, als werfe jemand irgendwo eine Münze, um zu entscheiden, ob es nun drei Prozent nach oben oder nach unten geht. Am Nachmittag, wenn die Börse in New York öffnet, wiederholt sich das Spiel, gerne geht es dann in die entgegengesetzte Richtung.

Seit das so ist, checke ich viel zu oft mein Depot auf dem Handy. Ich merke manchmal sogar, wie meine Laune mit den Kursen schwankt – und vor allem vergesse ich immer wieder alle Regeln, die in sonnigeren Zeiten so leicht klingen. Die kennen Sie sicher: Ruhig bleiben, bloß nicht in schwachen Marktphasen verkaufen, wer Zeit hat, muss nichts befürchten, Hin und Her macht Taschen leer, langfristig geht es an der Börse immer rauf. Sowas. Stattdessen sitze ich also im Bus, starre auf die roten Zahlen auf dem Handybildschirm und überlege: Sollte ich nicht doch Gold kaufen, nur für ein paar Wochen? Raus aus Energie-Aktien? Den ETF auf weltweite Aktien verkaufen und in ein paar Monaten billiger wieder einsteigen?

Ich begehe damit genau den Fehler, der das Investieren an der Börse oft so anstrengend und nicht selten auch unrentabel macht. Hunderte Studien haben bewiesen, dass Aktionismus an der Börse nur schadet. Die meisten Anleger wissen das hoffentlich inzwischen. Aber warum fällt es mir (und vielen anderen) dann so schwer, mich daran auch zu halten, wenn es mal rumpelt? *Malte Conradi*

PLATOW Börse

Hohe Inflationsraten und steigende Zinsen lassen dieser Tage viele Investoren auf die Renaissance der Value-Aktien setzen. Im klassischen Sinne also die Aktien, die auf günstigen Bewertungen handeln (z. B. Finanzwerte, Energieversorger). Doch heißt günstig auch gleich gut? Ausschließlich auf niedrige Bewertungen zu achten kann schnell ein Trugschluss sein und ist ohnehin zu kurz gegriffen. So kann eine optisch günstige Aktie immer noch zu teuer und eine optisch teure Aktie günstig gekauft werden. Letztlich kommt es auf den inneren Wert des Unternehmens an und ob Aktionärswert geschaffen wird.

So gleicht die Value-Aktie **Deutsche Bank** über den Zeitraum Anfang 2015 bis Ende 2020 einer Wertvernichtungsmaschine. Anfang 2015 lag der Einstandskurs bei 22,50 Euro und der Gewinn je Aktie bei 1,17 Euro. Das ergab eine Bewertung (KGV) von 19x. Ende 2020 ist der Gewinn um 95% auf 0,05 Euro eingebrochen. Auf Basis des damaligen Einstiegskurses ergibt sich heute ein KGV von satten 450x. Value kann also ganz schön teuer sein.

Börse – Intern

Wer sind die starken, wer die schwachen Hände?

„Starke Hände“ sind Anleger, die Zeit haben, das investierte Geld nicht brauchen und auch größere Verluste über längere Zeit aussitzen können. Deswegen werden sie „starke“ Hände genannt. Häufig werden sie mit den institutionellen Anlegern gleichgesetzt, das stimmt aber nur zum Teil. Es sind aber fast immer erfahrene Spekulanten, die weder Zeit- noch Performancedruck verspüren.

„Schwache Hände“ sind hauptsächlich Anleger, die sich von der Mainstreamstimmung anstecken lassen und die entweder emotional oder finanziell nicht in der Lage sind, längere Verlustphasen auszusitzen. Häufig wird diese Anlegerkategorie mit den Privatanleger gleichgesetzt, aber auch das stimmt nur zum Teil. Wir sehen auch im Bereich des Fondsmanagement oft schwache Hände.

Hypo Vorarlberg

Die Aktienmärkte dürften bei einer tatsächlich eintretenden Rezession um weitere 10 - 15 % korrigieren. Kommt es jedoch zu einer weichen konjunkturellen Landung oder bleibt eine Rezession sogar aus, kann dies zu einer schnellen Erholung am Kapitalmarkt führen. Beide Szenarien sind aus unserer Sicht kurzfristig wahrscheinlich. *Karl-Heinz Strube*



Politik

freibrief

Buschmann betont, dass er nichts gegen das Masken-Tragen hat: „Doch will der Staat Masken vorschreiben, muss das evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Ob das der Fall ist, besprechen wir, wenn die gesetzliche Evaluierung vorliegt.“

NZZ Briefing

Joe Bidens Alter wird für die Demokraten zunehmend zum Problem: Bei einer Wiederwahl 2024 wäre der amerikanische Präsident 82 und am Ende seiner zweiten Amtszeit 86 Jahre alt. Bereits jetzt wirkt er gezeichnet durch sein kräftezehrendes Amt. Die Umfragewerte sind schlecht. Nicht einmal eine Mehrheit der eigenen Anhänger möchte, dass Biden noch einmal antritt. Aber gute Alternativen sind rar.

Wirtschafts-Information

Fakt ist, dass die Politik vielerorts den regionalen und globalen Wirtschaftskreislauf immer mehr dominiert und damit leider schwerwiegende Fehlentwicklungen entstehen. Gerade Europa manövriert sich immer mehr auf die Verliererstrasse und die Amerikaner tun, was sie immer tun... alles nach ihren Vorstellungen zu steuern.

Wir sollten uns hüten, unsere eurozentrische Sicht zum Massstab für alle Erscheinungen/Entwicklungen auf der Erde zu machen! Auch wenn ein werteorientiertes Verhalten loblich ist, gereicht diese „Scheinheiligkeit“ nicht zwangsläufig zum werteorientierten Erfolg. Russland und auch China wissen Sanktionen gewieft zu umgehen.

Krieg und Frieden



transition news

Befinden sich die USA in der Ukraine im Krieg?

Es ist immer wieder erfrischend, in den düsteren Propaganda-Katakomben der Mainstream-Medien Lichtblicke der Vernunft zu entdecken. So zum Beispiel am 20. Juni in der *New York Times* in einem Gastbeitrag von Bonnie Kristian, Journalistin und Mitarbeiterin von *Defense Priorities*, einer aussenpolitischen Denkfabrik.

Kristian stellt darin fest, dass die Biden-Administration einige Äusserungen seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine zurücknehmen musste, etwa die Aussage von Präsident Biden, Wladimir Putin könne «nicht an der Macht bleiben» – was sich angeblich nicht als Aufruf zum Regimewechsel erwies. In anderen Punkten habe sich ihre Rhetorik im Laufe der Zeit verschärft: Im März sei das Ziel der USA gewesen, der Ukraine zu helfen, sich selbst zu verteidigen; Ende April sei es ein «geschwächtes» Russland gewesen.

Doch in einem Punkt ist die Regierung Kristian zufolge allerdings sehr konsequent: Die USA werden nicht wegen der Ukraine in einen Krieg mit Russland ziehen. *«Aber sind wir sicher, dass die Amerikaner zuverlässig erkennen können, wann wir in einen Krieg eingetreten sind?»*

Es sei bekannt, so Kristian weiter, dass Präsidenten immer wieder betonen, sie hätten nicht die Absicht, in einen Krieg zu ziehen – bis sie es dann doch tun. Sie nennt zwei Beispiele: «Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten», lautete der Slogan zur Wiederwahl von Präsident Woodrow Wilson im Jahr 1916. Doch nur einen Monat nach Beginn seiner zweiten Amtszeit trat Wilson in den Ersten Weltkrieg ein, nachdem er die amerikanische Intervention als unvermeidlich bezeichnet hatte.

Während der Präsidentschaftswahlen von 1964 versprach Präsident Lyndon B. Johnson, er werde «keine amerikanischen Jungs neun- oder zehntausend Meilen von zu Hause wegschicken, um das zu tun, was asiatische Jungs selbst tun sollten». Doch im Februar 1965, nur einen Monat nach seinem Amtsantritt, genehmigte Johnson die als Operation Rolling Thunder bekannte Bombenkampagne. Einen Monat später waren die «amerikanischen Jungs» in Vietnam.

NZZ Briefing

Russische Scharfmacher drohen Kasachstan ein ähnliches Schicksal wie der Ukraine an: Der kasachische Präsident demonstriert Eigenständigkeit gegenüber Moskau. Doch mit diesem Kurs verärgert er das übermächtige nördliche Nachbarland.

Wirtschafts-Information

Ukraine: Die Hilflosigkeit des Westens bzw. von demokratischen Rechtsordnungen ist augenfällig; die Sanktionen gegen Russland stellen vorerst die einzige Lösung dar, sehr deutlich schiessen wir uns aber selbst ins Bein. Solange Russland nicht wirklich taumelt oder ein Führungswechsel zu Demokratisierungstendenzen führt, solange kann die Ukraine nur verlieren. Die USA sowie die EU bleiben ebenso stur! Man glaubt tatsächlich, dass ein EU-Beitritt der Ukraine, was per se gemäss den rechtlichen Auflagen ohnehin noch lange nicht möglich ist, ein Lösungsansatz sei. Aus unserer Sicht gibt es nur eine echte, gangbare Lösung... und diese wird auch von der „Blocher’schen“ Küche propagiert: Man muss mit Putin auf allen Ebenen verhandeln, e basta!

Sicher ist dabei aber auch, dass es ohne Zugeständnisse des Westens nicht geht, und davor scheuen sich wohl alle „Softliner“. Konflikte können bekanntlich nur gewaltfrei gelöst werden, wenn man miteinander redet und wenn möglichst faire Kompromisse festgelegt werden. Die Hoffnung ist, wie die derzeitigen Fakten zeigen und die Börsen dies widerspiegeln, klein, und so dürften auch wir Anleger weiterhin vor eher unruhigen Zeiten stehen. Solange das „Säbelrasseln“ nicht eskaliert – wir reden hier von einem nicht auszuschliessenden Dritten Weltkrieg –, keimt im Anlagegeschäft auch etwas Hoffnung auf: Einige negative Entwicklungen sind in den Aktienkursen schon eskomptiert...



Gesundheit

Neue Zürcher Zeitung

Um für die nächste Corona-Welle gewappnet zu sein, müssen wir bald wissen, welche Virusvariante zirkuliert und für wen sie gefährlich ist. Die Daten, die dafür nötig wären, fehlen jedoch. Wichtige Weichen für eine intelligente Überwachung des Infektionsgeschehens wurden nicht gestellt. damit stolpern wir weitgehend blind in den nächsten Corona-Herbst.



Thorsten Wittmann

Freiheit ist Eigenarbeit. Chefsache. Meine Top-3-Freiheitsländer: **Paraguay, Brasilien, Karibik**



teltarif.de

Scheiden tut weh: Jeder Mensch muss diese Erde einmal verlassen. Was zunächst bleibt, ist die Trauer um den Verstorbenen bei Verwandten und Freunden. Im Laufe seines Lebens hat der Verstorbene aber sicherlich auch Verträge im Bereich der Telekommunikation oder für Streaming-Dienste beziehungsweise Pay-TV abgeschlossen. Informiert niemand die Vertragspartner über das Ableben des Vertragsinhabers, laufen die Verträge kostenpflichtig weiter. Grundsätzlich gilt zunächst einmal: Verträge sind einzuhalten. Ist aber der ursprüngliche Vertragspartner nicht mehr da, lassen sich die meisten Provider und Diensteanbieter auf eine Kulanzregelung ein und beenden den Vertrag. Das geht aber nicht immer so einfach wie gedacht.

Wer kann überhaupt einen Todesfall melden? Natürlich kann nicht einfach jede Person den Tod einer anderen Person melden und dann in vertraglichen Fragen nach Belieben schalten und walten. Selbst nahe Verwandte wie Ehe- oder Lebenspartner oder die Kinder, Eltern und Geschwister können das nicht automatisch. Jede Person, die eine Vertragsänderung vornehmen möchte, muss beweisen, dass sie dazu berechtigt ist. Einfacher als im Regelfall ist es, wenn der Verstorbene bereits Vorkehrungen getroffen hat. Inzwischen gibt es nämlich

zahlreiche Möglichkeiten, schon zu Lebzeiten zu regeln, was mit den eigenen Verträgen, Abonnements und digitalen Accounts geschehen soll. *Alexander Kuch*



itwelt.at

Künstliche Intelligenz findet langsam Einzug in österreichischen Unternehmen und viele haben bereits KI-Projekte durchgeführt. Doch wie zufrieden sind die Unternehmen tatsächlich mit diesen Projekten und welche Vorteile können sie daraus ziehen? Darüber diskutiert eine Expertenrunde live am 2.8.2022, 10 Uhr bis 11.30 Uhr.

SOLIDVEST

Deutschland treibt die Umstellung seiner Gas-Importe weiter voran. Ein Teil der russischen Lieferungen wurde durch vermehrte Lieferung aus Norwegen durch zwei Pipelines ersetzt. Die deutsche Abhängigkeit von Norwegen ist also erheblich gewachsen. Ein Drittel des deutschen Bedarfs wird jetzt von dort importiert. Ein weiterer Teil des deutschen Gasbedarfs kann durch LNG-Kauf auf den Weltmärkten (primär in den USA) gedeckt werden.



Neue Bank

„Der Euro fällt und fällt“

Für einen Euro (EUR) bekommt man mittlerweile weniger als einen Schweizer Franken (CHF). So tief war der Wechselkurs zuletzt im Januar 2015, als die Schweizerische Nationalbank

(SNB) die damals festgelegte Untergrenze von 1.20 aufgehoben hatte. Dank der konjunkturellen Erholung stieg der Euro in der Folge auch ohne Stützung der SNB bis 2018 wieder auf 1.20. Danach begann aber ein bis heute andauernder Abwärtstrend, welcher nur kurz – aufgrund der konjunkturstützenden Massnahmen während der Corona-Krise – unterbrochen wurde.

Der CHF besitzt schon lange das Label einer Safe-Haven-Währung. Das bedeutet, wenn die globale Konjunktur sich abschwächt, aber vor allem auch, wenn bei Krisen die Unsicherheiten steigen, ist die Flucht in den CHF ein beliebtes Mittel, um Vermögen zu sichern. Das spricht für das grosse Vertrauen in die Schweiz als sicherer Hort. Dieses Vertrauen gründet in den seit vielen Jahrzehnten stabilen politischen Verhältnissen, einhergehend mit einer soliden Finanzpolitik. Ein weiterer Punkt für die Aufwertung des CHF gegenüber allen anderen Währungen ist, dass die Inflation in der Schweiz meist deutlich tiefer liegt, so auch jetzt. Während in der Eurozone die Inflation bei 8.1% p.a. steht, ist sie in der Schweiz nicht einmal halb so hoch (3.4% p.a.).

Natürlich sorgt auch die Währungsentwicklung dafür, dass die Schweiz zuletzt weniger unter den stark ansteigenden Preisen litt. Im Gegensatz zu allgemeinen Vermutungen ist die Konjunkturforschungsstelle der ETH aber der Meinung, dass dies höchstens einen Prozentpunkt der Differenz ausmacht. Ein viel entscheidenderer Grund sind die kaum teurer gewordenen Nahrungsmittel in der Schweiz. Was sich aktuell positiv auf die Inflationsentwicklung auswirkt, kommt den Verbraucherinnen ausserhalb von Krisenzeiten teuer zu stehen. Die Preise von in der Schweiz angebauten Nahrungsmitteln sind wegen protektionistischen Massnahmen vom Weltmarkt abgekoppelt. Ausländische Agrarprodukte werden durch Importzölle auf das höhere Niveau in der Schweiz angehoben, um die Landwirt:innen vor ausländischer Konkurrenz zu bewahren. Dadurch sind die Preise in der jetzigen Krise zwar stabil, dafür ist das Preisniveau aber generell weit höher.

Auch die Strompreise sind in der Schweiz bislang kaum gestiegen, da man nur im Winter Strom importieren muss. Das wird aber auch dazuführen, dass gewisse Effekte, welche sich in der Eurozone sofort niedergeschlagen haben (in der Eurozone wird fast 20% des Stroms aus Gas hergestellt, wodurch die Strompreise viel schneller angestiegen sind), sich in der Schweiz erst verzögert zeigen werden. Denn auch bei Nahrungsmitteln bestimmt nicht der Rohstoff alleine den Preis sondern gestiegene Kosten für Düngemittel und Energiekosten bei Ernte und Weiterverarbeitung werden mit der Zeit auf die Produkte überwälzt. Aufgrund der Unterschiede in der Inflationsentwicklung ist der faire Wert des EUR/CHF-Wechselkurses nach unserer Berechnung der relativen Kaufkraftparität mit 0.87 sogar noch deutlich tiefer, als der aktuell gehandelte.



TA SONNTAGSZEITUNG

Credit Suisse ist die ineffizienteste Bank Europas

Die zweitgrösste Schweizer Bank kann nicht mehr weitermachen wie bisher. Es gibt nur drei Wege in die Zukunft. Sie kosten Milliarden – oder die Unabhängigkeit.

Norbert Häring

Paypal hat ohne Vorwarnung und ohne Angabe von Gründen das Konto von reitschuster.de gesperrt und das Guthaben eingefroren.

Gastbeitrag

KOPP exklusiv

Seit der Gründung der amerikanischen Federal Reserve vor über einem Jahrhundert hat die US-Notenbank jeden großen Einbruch der Finanzmärkte vorsätzlich und aus politischen Gründen herbeigeführt. Das gilt auch für die aktuelle Situation, in der die Fed ihre Zinswaffe offenkundig dazu einsetzt, um die größte spekulative Blase in der Menschheitsgeschichte platzen zu lassen – eine Blase, die von ihr selbst erschaffen wurde.

Seit 14 Jahren kaufen Fed, EZB und Bank of Japan Staatsanleihen und belassen den Leitzins bei null oder drücken ihn sogar ins Negative. Die Blase, die durch diese »billigen Kredite« entstand, ist von unvorstellbarem Ausmaß. Die politischen Kräfte hinter der Globalisierung und dem Aufbau der Welthandelsorganisation, die mit dem Marrakesch-Abkommen 1994 aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) entstand, sorgten dafür, dass die industrielle Fertigung aus den westlichen Industrienationen und insbesondere den USA »outsourcen« konnte. Unternehmen verlagerten ihre Fertigung in Billiglohnländer und kein Land war Ende der 1990er-Jahre in dieser Hinsicht verlockender als China. 2001 trat China der Welthandelsorganisation bei, und was seitdem an Kapital in Chinas Fertigungsprozesse strömte, ist wahrlich atemberaubend – ebenso wie der Berg an Dollarschulden, den China seit damals angehäuft hat. Heute basiert die globale Finanzstruktur auf Schulden in Rekordhöhe, aber es zeigen sich Risse im Fundament.

Nach der quantitativen Lockerung ordnet die Fed nun eine Politik der quantitativen Straffung an. Monat für Monat werden dem Markt Anleihen und andere Vermögenswerte im Wert Dutzender Milliarden Dollar entzogen, dazu kommt eine Anhebung der Leitzinsen. Die Folge: Die Finanzmärkte haben mit dem Schuldenabbau begonnen, ein Prozess, der vermutlich ruckartig verlaufen dürfte, während zentrale Akteure wie BlackRock und Fidelity versuchen, das Ganze zu ihren Gunsten auszuschlachten. Die Richtung jedoch ist klar.

Stand Ende 2021 hatten Investoren sich knapp 1'000 Milliarden Dollar geliehen, um Aktien zu kaufen – damals in einem steigenden Markt. Inzwischen geht es in die andere Richtung und die Kreditnehmer müssen zusätzliche Sicherheiten bieten oder ihre Aktien verkaufen, wollen sie nicht zahlungsunfähig werden. Das befeuert die aufziehende Kernschmelze. Wenn in den kommenden Monaten Aktien und Anleihen gleichermaßen kollabieren, werden sich die privaten Rentenabsicherungen von Millionen amerikanischen Haushalten in Luft auflösen. Über das vergangene Jahrzehnt hinweg sind Kreditkartenschulden, Autodarlehen und andere Verbraucherschulden so stark angeschwollen, dass sie Ende 2021 die Rekordhöhe von 4'300 Milliarden Dollar erreichten. Betrugen die Zinsen auf diese Schulden – insbesondere bei Kreditkarten – zuvor schon 16 Prozent, werden sie nun erneut steigen. Es ist unvermeidlich, dass die Zahl der Zahlungsausfälle deutlich zunehmen wird. *William Engdahl*

DIE WELTWOCHEN

Freudig verkünden Medien Moskaus «Zahlungsausfall». Aber ist Russland wirklich pleite?

Eine der ersten Lebensweisheiten, die mir als Kapitalanleger beigebracht wurden, lautete: «Staaten gehen nicht pleite. Jene, die ihnen Geld geliehen haben, aber sehr wohl!»

Wenn die Schulden eines Unternehmens dessen Aktiven übersteigen, dann gilt es als pleite. Die Eigentümer werden zur Nachfinanzierung aufgefordert, oder es kommt zu Übernahmen und Liquidationen.

Anders bei Staaten. Selbst wenn die Schulden die Aktiven, seien es Infrastrukturen oder Beteiligungen an Unternehmen, übersteigen, gelten sie nicht zwangsläufig als pleite. Die Investoren vertrauen darauf, dass die Steuerzahler für die Staatsschulden geradestehen. Aber es kommt nun immer häufiger vor, dass die Staatsschulden ein Ausmass erreichen, wo man ernsthaft bezweifeln muss, ob die Steuerzahler die Schuldenberge je werden amortisieren können.

Geraten Staaten in Zahlungsverzug, läuft das Drehbuch anders ab als im Unternehmenssektor. Staaten können weder übernommen noch liquidiert werden. Sie können als Gegenleistung für Liquiditätshilfen zwar gezwungen werden, Staatsunternehmen zu privatisieren, aber oft sind diese derart marode und überschuldet, dass niemand einsteigen will. Deshalb kommt Plan B zum Zuge.

Die Gläubiger, hauptsächlich Banken und Anleihen-Investoren, werden Totalausfälle, Schuldenschnitte und Zinsreduktionen, Laufzeit-Verlängerungen, Zinsmoratorien hinnehmen müssen. Es kann zu gefährlichen Kettenreaktionen kommen. Banken aus Frankreich, Italien, Österreich und den USA waren Ende 2021 am stärksten mit Krediten in Russland engagiert.

Im Falle von Russland ist vorerst einmal festzustellen, dass Russlands Staatsschulden 2022 im Verhältnis zum BIP mit 17 Prozent (Quelle: IWF April 2022) wesentlich geringer sind als in den westlichen Industrieländern. Die Ertragsbilanz ist seit vielen Jahren im Plus. 2022 wird ein Rekordüberschuss erwartet. Russland verfügt über viele Staatsbeteiligungen im Energie- und Rohstoff-Sektor, die Einnahmen aus dem Ausland in harter Währung generieren.

Die Währungsreserven sind seit dem Höchststand im Dezember 2021 bis Mitte Juni erst um 47,2 Milliarden US-Dollar auf 582,3 Milliarden Dollar gefallen. Davon dürften jedoch rund 300 Milliarden im Westen blockiert sein. Dennoch, das Land ist nicht ausschliesslich von den Steuereinahmen abhängig.

Die Embargos und das Zurückfahren der Energiebezüge aus dem Westen wirkten sich bis anhin noch nicht besonders negativ auf die Staatsfinanzen aus, auch wenn das Wunschdenken westlichen Medien dies glaubhaft machen will. Die höheren Energie- und Rohstoffpreise gleichen die reduzierten Mengen mehr als aus.

Die Umwege im Zahlungsverkehr über Indien und China sind nun etabliert und funktionieren. Aber die Bedienung von ausländischen Staatsschulden wird durch den Rauswurf aus dem Zahlungssystem Swift sichtlich erschwert. Auch die Arretierung russischer Notenbank-Reserven im Ausland und das Goldimportverbot dienen dazu, Russland in Zahlungsverzug zu drücken. Aber vom Westen verursachte Zahlungsverzögerungen bedeuten noch lange keine Insolvenz.

Der Versuch Russlands, die Zinszahlungen auf seinen Ausland-Anleihen in Rubel statt wie vertraglich festgehalten in Fremdwährungen zu bezahlen, kann durchaus als Liquiditätsengpass gewertet werden. Rating-Agenturen prüfen denn auch, ob sie Zahlungen in Rubel als «technischen Zahlungsausfall» einstufen sollen, womit die russischen Anleihen auf das «Ramsch-Niveau» fallen würden.

Die Problematik von Default-Feststellungen besteht darin, dass ein weiterer grosser Teil der russischen Schulden aufgrund der Vertragsklauseln ebenfalls sofort zur Rückzahlung fällig wird. Etwa 40 Milliarden Dollar russischer Staatsschulden lauten auf US-Dollar oder Euro, wovon wiederum rund die Hälfte im Ausland gehalten wird. *Hans Kaufmann*



Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen. *Benjamin Franklin*

"Ich erwarte, dass wir in Zukunft wieder die Uhr nach der Bahn stellen können."

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP)

Der Gipfel der Heuchelei – und der Dummheit – ist nun aber, den Bürgern Geld zu geben, um die Teuerung auszugleichen. Damit wird die Teuerung nämlich zusätzlich angeheizt. Denn diese beruht darauf, dass eine zu große Nachfrage ein zu kleines Angebot jagt. Kann man das Angebot nicht ausweiten, muss die Nachfrage gedrosselt werden. Was die Regierungen jetzt tun, ist das Gegenteil. Alles wird noch schneller teurer werden. Dümmer geht's nicht. Es gibt Regierungen, die das gar „Inflationsbekämpfung“ nennen... *Martin Rhonheimer*

Quirin News

Dieses Los droht heute wie morgen allen Unternehmen gleichermaßen: Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit. Nur die Starken überleben.

Schweizerzeit BRISANT

Ich habe die Schnauze voll vom immer religiöser werdenden Klima-Geschwafel, von Energie-Wende-Fantasien, von Elektroauto-Anbetungen, von Gruselgeschichten über Weltuntergangs-Szenarien. *Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld*

inforsperber.ch

Im Alter geht die Vermögensschere weit auf, sagt die Ökonomin Nora Meuli. Wer arm ist, bleibt es auch.

Errare humanum est, sed in errare perseverare diabolicum.
Irren ist menschlich, aber auf Irrtümern zu bestehen, ist teuflisch.

Wer nach der Behandlung der ausländischen Gläubiger von Evergrande noch in China investiert, ist sowieso nicht zurechnungsfähig.

Gegen eine Dummheit, die gerade in Mode ist, kommt keine Klugheit an.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Holbach

PS: Bevor ich es vergesse: Wie jedes Jahr nehme ich mir im Ferienmonat August Zeit für persönliche Gespräche. Aber ausschliesslich für Abonnenten des kostenpflichtigen mittlerweile bereits im 50. Jahrgang erscheinenden [Geldbrief](#). Wenn auch Sie von meinen Erfahrungen, Kontakten und meinem Wissen profitieren möchten, können Sie gerne einen Gesprächstermin vereinbaren. Näheres erfahren Sie im [Geldbrief](#).